

Der Nationalsozialismus – ein anti-osteuropäischer Kolonialismus? Lokale Geschichtsarbeit zur NS-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern im Zeichen des Postkolonialen

Martin Müller-Butz, Neubrandenburg

Zum Autor: Martin Müller-Butz ist Osteuropa-Historiker und Politikwissenschaftler und promovierte sich mit einer Arbeit zu Darstellungen von Flucht, Vertreibung und Exil in polnischen autobiographischen Schriften. In Neubrandenburg in der Geschichtswerkstatt zeitlupe arbeitet er gemeinsam mit Dr. Constanze Jaiser an neuen Ansätzen für eine partizipative und lokale Geschichtsarbeit zum Nationalsozialismus.

Auf einer Demonstration gegen den Überfall Russlands auf die Ukraine kurz nach Kriegsbeginn 2022 in Berlin hielten Demonstrierende aus der ukrainischen Community Schilder mit verschiedenen Aufrufen hoch. Auf ihnen waren Verurteilungen des Überfalls zu lesen, ebenso wie Forderungen nach der Unterstützung der Ukraine durch die EU- und NATO-Staaten mit Waffenlieferungen. Auf einem dieser Schilder standen – wie der Historiker Johannes Spohr beobachten konnte – auch folgende Worte: „Hast Du vergessen, wo die Ukraine liegt? Frag Deinen Opa!“. Die Worte veranschaulichen die private und die historische Dimension, die den Ereignissen des russischen Angriffskriegs in

der ukrainischen Debatte seither beigemessen wird.¹ Denn sie fordern nicht weniger, als die Generation der Großeltern – und nicht zuletzt der Urgroßeltern – in Bezug auf die zahllosen Kriegsverbrechen, die Massen- und Völkermorde von Wehrmacht, Gestapo und SS, die in den durch deutsche Militär- und Zivilorgane besetzten Gebieten des historischen Polens, der sowjetischen Ukraine sowie in zahlreichen Städten und Dörfern des heutigen Belarus' und Russlands geschahen, zu befragen. Dass die Forderung nach einer systematischen Auseinandersetzung mit der Rolle des Nationalsozialismus und der NS-Fremdherrschaft im östlichen Europa bereits einen Tag nach Kriegsbeginn am 25. Februar vergangenen Jahres in Berlin zu sehen war, verdeutlicht, dass es sich mitnichten um eine neue Forderung handelte, die erst 2022 aufkam.²

Die Frage nach der Verantwortung des „Opa(s)“ erinnert sogleich an die 2002 von Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall publizierte und heute wohl bekannteste Studie zur familiären Erinnerung an den Nationalsozialismus in Deutschland mit dem prägnanten Titel „Opa war kein Nazi“³.

¹ Vgl. zum Zusammenhang von deutscher Familiengeschichte und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine Spohr, Johannes: Deutsche Familiengeschichten und die Ukraine. Der koloniale Blick auf das östliche Europa ist historisch gewachsen, in: Zeitgeschichte-online, November 2022; veröffentlicht unter: <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/deutsche-familiengeschichten-und-die-ukraine> [20.2.2023].

² Vgl. dazu auch die Studie von Aust, Martin: Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939-1945, Bonn 2021.

³ Vgl. Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a.M. 2002. Vgl. auch die Drei-Generationen-Studie zu Tradierungsweisen von Familiengeschichte in der Verschränkung von Zeitgeschichte und familialem Beziehungsgeflecht von Wachsmuth, Iris: NS-Vergangenheit in Ost und West – Tradierung und Sozialisation, Berlin 2008. Wachsmuth weist mit Methoden der qualitativen Sozialforschung nach, wie die „private“ Familiengeschichte in der Enkel*innen-generation emotional und kognitiv von der „großen Geschichte“ getrennt wird.

Welzers Bestandsaufnahme von der Leerstelle der NS-Täter:innen im generationsübergreifenden Dialog in den Familien stellt demnach einen wichtigen Ausgangspunkt für die Forderung der ukrainischen Aktivist:innen zwanzig Jahre später dar, sich endlich der Verbrechen der Großväter in der Ukraine zu erinnern. Warum aber wirkt die Forschung der Sozialpsychologie vor dem Hintergrund des aktuellen Angriffs auf den ukrainischen Staat besonders aktuell? Verhalte der Befund der Sozialpsychologie etwa ungehört in den zahlreichen Erinnerungsdebatten zum Nationalsozialismus? Falls dem so ist, wie wirkt sich ein solcher Befund auf die Forschungs- und Bildungsarbeit in Hochschulen, Schulen und Zivilgesellschaft und auf die Erinnerungslandschaft des Nationalsozialismus in Mecklenburg-Vorpommern aus?

Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im östlichen Europa – „letztes Tabu“ der deutschen Nachkriegsgesellschaft?

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat dazu geführt, dass in Deutschland bestehende Deutungen zum Nationalsozialismus und Eroberungskrieg des nationalsozialistischen Regimes im östlichen Europa erneut hinterfragt werden. Die von international renommierten Wissenschaftler*innen wie Timothy Snyder formulierte Kritik richtet sich sowohl gegen den gesellschaftlichen Diskurs und hat auch für die Wissenschaft selbst eine gewisse Sprengkraft. Sie kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland in Politik und Gesellschaft nach wie vor ein einseitiger kolonialer Blick auf das

östliche Europa dominiere und sich dahinter die Kontinuität eines strukturell-rassistischen Denkens verberge, die ihren Höhepunkt in der bis heute ausgebliebenen Aufarbeitung von Traditionslinien und dem ideologischen Erbe nationalsozialistischer Herrschaft im östlichen Europa hatte.⁴

Dass die Kritik durchaus berechtigt ist, wird vor allem im Blick zurück auf eine vergangene, ebenfalls öffentlich geführte Debatte deutlich, die sich nach den beiden Wanderausstellungen rund um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im östlichen Europa abspielte, welche das Hamburger Institut für Sozialforschung 1995 bis 1999 sowie noch einmal gründlich überarbeitet von 2001 bis 2004 in vielen Orten der Bundesrepublik präsentierte. Neben handwerklichen Fehlern der Ausstellungsmacher*innen kritisierten u.a. Vertriebenenverbände, NPD, aber auch rechtskonservative Historiker*innen die Verantwortlichen vor allem dafür, die Geschichte der Soldaten der ehrenvoll und aufrichtig kämpfenden Wehrmacht einseitig, verzerrt, verletzend oder gar verschmähend dargestellt zu haben. Etliche Bundestagsabgeordnete wie Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen) oder Otto Schily (SPD) erinnerten demgegenüber in sehr persönlichen Debattenbeiträgen im Bundestag an ihre Väter und Großväter in Wehrmacht und SS und thematisierten die Schuldfrage dieser im (nicht nur) östlichen Europa kämpfenden Soldatengeneration.⁵ Diese und weitere Eindrücke veranlassten Ulrich Raulff schon 1999 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu einem ersten Resümee über Wirkung und

⁴ Vgl. etwa Bittner, Jochen: „Warum so wütend, Herr Snyder?“ Interview mit Timothy Snyder, in: Die ZEIT (2022), Ausgabe 22.

⁵ Vgl. die Debattenbeiträge von Alfred Dregger (CDU), Otto Schily (SPD) und Christa Nickels (Bünd-

nis 90/Die Grünen) am 13. März 1997, nachzulesen im Plenarprotokoll der 163. Sitzung des Bundestags am 13. März 1997, veröffentlicht unter: <https://dserv.bundestag.de/btp/13/13163.pdf> [09.03.2023].

Nachhall der Wehrmachtsausstellung: „Bis vor wenigen Jahren hat die Militärgeschichte der Rassenpolitik des Regimes wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Jetzt hat sie begriffen, dass im Schatten des Krieges der Holocaust sich entwickelt und ausgebreitet hat. Der Krieg ermöglichte den Holocaust, und da das Kriegsgeschehen im Wesentlichen von der Wehrmacht dominiert wurde, stellten sich die Fragen nach dem Verhalten der Wehrmacht im Hinblick auf das Kriegsvölkerrecht, die in der deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert wurden. Ob es darum ging, ‚das letzte Tabu‘ der deutschen Geschichte zu brechen, oder nicht, der Streit um die Verwicklung der Wehrmacht in die verbrecherische Politik des Regimes, den die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg‘ des Reemtsma-Instituts auslöste, hat bewirkt, dass der Zweite Weltkrieg in den neunziger Jahren sein Gesicht veränderte.“⁶

Raulffs Beitrag zeigt, dass sich die öffentliche Diskussion im Bundestag und in der breiten Öffentlichkeit vor allem um einen Aspekt drehte – um die Frage der Verbrechen des NS-Regimes, also um deren (männliche) Täter. Ging es in der Debatte zunächst vor allem darum, unumkehrbar feststellen zu können, dass es die deutschen Militär- und Polizeiorgane und deren Repräsentanten waren, die im Zweiten Weltkrieg in den besetzten Gebieten im Osten Europas zahllose und beispiellose Kriegsverbrechen und Völkermorde verübt hatten, wird in der Rückschau 25 Jahre später noch etwas anderes deutlich: nämlich, dass die Fragen, wo sich die Verbrechen abspielten, welche Motive ihnen zugrunde lagen und wie eng verflochten die Besatzungspolitik und -praxis von Gestapo und Wehrmacht in den besetzten Gebieten mit

dem militärisch-industriellen Komplex innerhalb des nationalsozialistischen Deutschlands waren, demgegenüber unbeantwortet blieben. Die Perspektive des östlichen Europas, des von Wehrmacht und Gestapo gewaltsam eroberten und beherrschten Raums, blieb in Deutschland selbst häufig genug ungehört und damit die Frage, wie sich die Folgen der Gewaltherrschaft in die Leben der Millionen betroffenen Menschen und in die nationalen Gesellschaften im östlichen und südöstlichen Europa einschrieben, unbeantwortet. Lediglich das Deutsche Historische Institut Warschau und das staatliche polnische Instytut Pamięci Narodowej (IPN, Institut für nationales Gedenken) unternahmen 2007 mit der gemeinsamen Ausstellung „Größte Härte...‘ Verbrechen der Wehrmacht in Polen September-Oktober 1939“ den Versuch, Praktiken und Folgen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft im besetzten Polen in den ersten beiden Kriegsmonaten aufzuzeigen. Auch hier lag der Fokus auf den verbrecherischen Dimensionen deutscher Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg – im Aufdecken der Verbrechen selbst.

Warum braucht es einen postkolonialen Blick auf den Nationalsozialismus?

Die Idee der postkolonialen Perspektive entspringt der Annahme, dass sich in den europäischen Reichen und deren Kolonien seit der Aufklärung im späten 18. Jahrhundert (dort mit der Erfindung des Begriffs der „Zivilisation“) Herrschaftslogiken und -mechanismen des Imperialen sowie des Kolonialen herausbildeten, die bis in unsere Gegenwart hinein Bestand haben. Edward Said, der – ohne den

⁶ Raulff, Ulrich: Schockwellen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.09.1999.

Begriff des Postkolonialen zu nutzen – als wichtigster Wegbereiter der postkolonialen Perspektive gilt, veranschaulichte am Beispiel des sogenannten „Orients“, wie die Eliten der europäischen Reiche, also Militärangehörige, Unternehmer, Beamt*innen, aber auch Diplomat*innen, Schriftsteller*innen und viele andere Deutungseliten hegemoniale (also herrschaftliche) Lesarten des Nahen Ostens und der arabischen Welt und der hier lebenden Menschen und ihrer Gesellschaften hervorbrachten. Sie entwarfen einseitige und klischeehafte bis exotisierende Bilder, die der Abwertung und Abweisung des Beschriebenen als fremd, wild und unzivilisiert dienten oder Vorschub leisteten. Außerdem werteten solche Deutungen das Eigene als zivilisiert, vernünftig und geordnet auf. Die Darstellungen dienten jedoch nicht nur der Selbstvergewisserung. Sie verfestigten hegemoniale Herrschaftsstrukturen in den Kolonien respektive den Peripherien sowie in den Zentren, die dabei halfen, die genannten Vorstellungen der Machthabenden umzusetzen. Mit ihnen ließen sich in den Reichen kulturelle, soziale und schließlich auch politische Hierarchien errichten. Innerhalb derer ergaben sich auch für Angehörige aus den Peripherien und Kolonien durchaus begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten. Definieren oder gar umgestalten durften sie die bestehenden Herrschaftsstrukturen jedoch nur begrenzt.⁷ Dies galt nicht nur für die europäischen maritimen Imperien Belgiens, Großbritanniens, der Niederlande oder Portugals und Spaniens. Solche und ähnliche Strukturen ließen sich in Kontinentaleuropa sowohl im Osten des Deutschen Reiches, im Habsburger Reich und

⁷ Saids berühmtestes Werk erschien erstmals 1978. Vgl. Said, Edward: *Orientalism*, New York 1978. Einen gelungenen Überblick über Rezeption und Entstehung der post-colonial studies sowie zur Kritik an Saids Thesen gibt Kerner, Ina: *Postkoloniale Theorien zur Einführung*, Hamburg 2012.

dessen östlichen Peripherien als auch in den westlichen Provinzen des Russländischen Imperiums feststellen. Diese Regionen umfassten bspw. große Teile des heutigen Polens, des Baltikums, der Ukraine und Belarus ebenso wie Rumänien, Ungarn, Tschechien und die Slowakei.

Forscher*innen zum östlichen und südöstlichen Europa wie Larry Wolff⁸ oder Maria Todorova⁹ griffen Saids Annahmen auf und zeigten, wie, mit der Aufklärung und dem Zivilisationsgedanken einhergehend, selektive, entfremdende, abwertende und vereinfachende Darstellungen auch innerhalb Europas Einzug hielten und Vorlagen für spätere pseudowissenschaftliche Kategorien bis hin zu völkischen und rassistischen Ideen lieferten. Mit diesen unternahmen Intellektuelle, Politiker*innen und auch Wissenschaftler*innen den Versuch, Kulturen, Regionen und schließlich auch Menschen entlang eines Zivilisationsspektrums zu verorten und zu klassifizieren – sei es sozial, kulturell, national bzw. ethnisch, nach Hautfarbe oder gar nach ‚Rassen‘. In Konzepten und Klassifizierungen vom ‚Balkan‘ als ‚unvollständig‘ und ‚anders‘, von ‚Osteuropa‘ als ‚Transit‘ oder ‚Durchzugsgebiet‘, vom russischen bzw. slawischen ‚Osten‘ als ‚asiatisch‘ im Sinne von barbarisch, gewannen Zuschreibungsmechanismen, Machthierarchien und Deutungsstrukturen an Gewicht, die seit den Forschungen von Wolff, Todorova, Milica Bakić-Hayden, Tomasz Zarycki und vielen anderen als anti-slawisch, anti-osteuropäisch, vor allem aber als menschenverachtend, rassistisch und abwertend eingestuft werden müssen.

⁸ Wolff, Larry: *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilisation on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994.

⁹ Todorova, Maria: *Imagining the Balkans*, New York 1997.

Übrigens fanden diese Ideen auch in den besprochenen Regionen Vertreter*innen und dienten beispielsweise liberalen polnischen oder ukrainischen Intellektuellen zur Abgrenzung vom russisch-imperialen Osten oder von konservativ-reaktionären Kräften im Russischen Imperium.¹⁰ Der von Gerd Koenen als „Russland-Komplex“ beschriebene und spätestens in der Weimarer Republik wirkmächtig gewordene Ostgedanke von Politik und Forschung in Deutschland lässt sich ebenfalls in diesem Spektrum verorten.¹¹ Die Debatte darüber, inwiefern in der sogenannten ‚Zweiten Welt‘ (auch dies ein koloniales oder eurozentrisches Konstrukt) solche Vorstellungen für nationale, ethnische oder regionale Selbstverortungen genutzt wurden und werden, ist in Polen, Ungarn und – von aktuellen Kriegsbildern gefüttert – auch in der von Russland angegriffenen Ukraine hochaktuell und politisch umkämpft.¹² Warum aber ist es aktuell umso notwendiger, die völkischen Ideen der Nationalsozialist*innen, die daraus resultierende Besatzungspolitik und deren Umsetzung in Form von Gesetzen, Gesellschafts- und Herrschaftspraktiken auf ihr koloniales bzw. imperialistisches Erbe zu befragen?

¹⁰ Vgl. etwa Zarycki, Tomasz: *Ideologies of Eastness in Central and Eastern Europe*, Hoboken 2014; Müller-Butz, Martin: *Blicke zurück nach Osten. Erfahrungen des Imperialen in Lebenserzählungen der polnischen Intelligenz im 20. Jahrhundert*, Berlin 2019.

¹¹ Vgl. Koenen, Gerd: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945*, München 2005.

¹² Vgl. Kasianov, Georgiy: *Memory Crash. Politics of History in and around Ukraine 1980s-2010s*, Budapest 2022.

¹³ Vgl. Aust (wie Anm. 2), S. 112-113.

¹⁴ Vgl. Papendick, Michael u.a.: *Multidimensionaler Erinnerungsmonitor, Studie II*, 2019, S. 22; veröffentlicht unter: https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934984/2934986/EVZ_Studi

Zwei getrennte Lesarten: Der Nationalsozialismus in deutschen und osteuropäischen Betrachtungen

Wenn man die öffentliche Debatte der vergangenen dreißig Jahre in Deutschland um die Geschichte von Nationalsozialismus & Wehrmacht betrachtet, ergibt sich daraus folgende Lesart: In ihr kommt, wie bereits oben genannt, vor allem der verbrecherische Aspekt der Kriegshandlungen der Wehrmacht in den eroberten und kolonisierten Gebieten zum Ausdruck. Im Mittelpunkt steht die Betrachtung von Taten und Täter*innen in den besetzten Gebieten östlich von NS-Deutschland. Auf den Raum der besetzten Gebiete schaut man lediglich entlang des Spektrums von Widerstand und Kollaboration.¹³ Jüngere Untersuchungen zum Nationalsozialismus in Familienerzählung & Familienerinnerung seit der Studie des Autor*innenkollektivs um Harald Welzer haben zudem ergeben, dass bis heute eine Gleichsetzung von Täter*innen in den Familien mit den Verbrechen von Soldaten der Wehrmacht, Waffen-SS und Gestapo kaum bis gar nicht stattfindet. Stattdessen dominieren in den Familien auch heute noch Deutungsmuster von Angehörigen dieser Gruppen als Helfer*innen von Verfolgten oder gar als Opfer.¹⁴ Dieser Befund deutet darauf hin, dass

[e MEMO%20II 2019.pdf](#) [09.03.2023]. Während unter den Befragten der Anteil der vermuteten Täter*innen in der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus mit 34 Prozent angegeben wurde, lag der Anteil der von den Befragten als Täter*innen bezeichneten Personen bei lediglich 19 Prozent. In den Familien wurde also der Anteil der Täter*innen deutlich niedriger geschätzt als in der Gesamtgesellschaft. Vgl. auch die diversen Beiträge der Soziologin und qualitativen Sozialforscherin Iris Wachsmuth zum Thema wie bspw.: Wachsmuth, Iris: *NS-Vergangenheit in Ost und West. Tradierung und Sozialisation*, Berlin 2008; Kindler, Marie-Luise u.a.: *„Das ist einfach unsere Geschichte“. Lebenswege der „zweiten Generation“ nach dem Nationalsozialismus*, Gießen 2013.

die verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus in Deutschland dort exkludiert oder zumindest begrenzt wird, wo die Erinnerung an eine Täter*innenerfahrung in den Familien anknüpft.

Ein zweiter Aspekt der deutschen Lesart des Nationalsozialismus lässt sich an der Kategorie der Betroffenengruppen ausmachen. Meist folgt die Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur im öffentlichen und im politischen Diskurs auch heute noch den als eindeutig geltenden Kategorien ethnischer oder nationaler Zugehörigkeit. Die Verbrechen und der Völkermord NS-Deutschlands an den Jüdinnen und Juden galten auch 2022 im staatlichen und gesellschaftlichen Erinnern in Deutschland als herausragend erinnerns- und gedenkenswert, wie folgendes Zitat des damaligen Bundesratspräsidenten Bodo Ramelow auf der Webseite des Bundesrats anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2022 zeigt: „Das Gedenken an die Opfer des Holocaust nicht verwässern zu lassen, auch 77 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz mit aller Ernsthaftigkeit in sich zu gehen und das Geschehene nicht beliebig für die eigenen Ansichten zu instrumentalisieren, ist das Fundament unser aller Verpflichtung: Nie wieder!“

Zwar wurde der Holocaust-Gedenktag 1996 in Deutschland zu einem nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt und hiermit ein weitere Opfergruppen inkludierendes Gedenken ermöglicht, dennoch findet sich auf der gleichen Webseite direkt unter dem Zitat Ramelows ein Verweis auf die Initiative #weremember von UNESCO und Jüdischem Weltkongress: „Außerdem beteiligte

sich der Bundesratspräsident an der internationalen Gedenkkampagne #WeRemember der UNESCO und des Jüdischen Weltkongresses. Um an die Millionen im Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden zu erinnern, riefen beide Organisationen die Kampagne 2017 ins Leben.“ Andere Opfergruppen werden im Artikel der Bundesrat-Pressestelle mit dem Titel „Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ namentlich nicht erwähnt.¹⁵ Es ist nachvollziehbar, dass die Opfergruppe der Jüdinnen und Juden als zahlenmäßig größte, von den Verfolgungen und dem Völkermord NS-Deutschlands ausnehmend betroffene Gruppe in den Erinnerungsdebatten besonders große Aufmerksamkeit erhält. Jedoch wirkt damit im staatlichen und gesellschaftlichen Gedenken zum Holocaust auch die Logik und die pseudowissenschaftliche Hierarchisierung einer nach Eindeutigkeit strebenden nationalsozialistischen Rassenideologie nach, die den Jüdinnen und Juden gegenüber anderen sogenannten „Rassen“ eine Sonderrolle einräumte. Die Pressemitteilung des Bundesrats kann durchaus als Beleg dafür gelten, dass ein derart zentriertes Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus Gefahr läuft, weitere Völkermorde sowie die massenhafte Verfolgung und Unterdrückung anderer Opfergruppen wie der Sinti und Roma, und Millionen von polnischen und sowjetischen Gefangenen – darunter vor allem Ukrainer*innen und Russ*innen –, aber auch als „asozial“ verfolgte Trans- und Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen abzuwerten, weil eben nicht zu benennen. Hinzu kommt, dass die überwältigende Zahl der von den NS-

¹⁵ Holocaust-Gedenktag: Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen, in: Online-Präsentation des Bundesrates, veröffentlicht unter:

<https://www.bundesrat.de/SharedDocs/texte/22/20220127-weremember-gedenkstunde-kranzniederlegung.html> [10.05.2023].

und kollaborierenden Behörden in den Konzentrationslagern als jüdisch eingestuften Menschen aus Polen, Ungarn und dem Gebiet der heutigen Ukraine stammte und auch sie selbstverständlich Angehörige der von NS-Deutschland besetzten Staaten waren. Sowieso waren in den Konzentrations- und Außenlagern innerhalb der Grenzen NS-Deutschlands ab 1941 Menschen aus Polen und der Sowjetunion, und dort vor allem aus der heutigen Ukraine, zahlenmäßig in der Mehrheit. Schon 2018 schrieb der Historiker Martin Aust in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „[a]lle Toten verdienen denselben Respekt“ und monierte das Fehlen eines gesellschaftlichen Gedenkens in Deutschland an die Opfer des Vernichtungskriegs im östlichen Europa.¹⁶

Anders als für die gefallenen sowjetischen Soldat*innen fehlt in Deutschland bis heute ein zentraler Ort des Gedenkens an die vielen Millionen betroffenen Menschen dieses Krieges im östlichen Europa. Dies hat freilich auch seine Gründe in den nationalen geschichtspolitischen Interessen einzelner osteuropäischer Staaten und der Ukraine.¹⁷ Dennoch: Aus ukrainischer Sicht und – in Deutschland noch stärker wahrgenommen – aus polnischer Sicht lässt sich die Leerstelle der deutschen Lesart eindeutig benennen. Sie thematisiert den eigentlichen Kern der Kriegsziele der nationalsozialistischen Kriegs- und Verwaltungsorgane im östlichen Europa ab 1939 bzw. 1941, nämlich den Versuch der systematischen Ausbeutung und Verfolgung der Zivilbevölkerung in den besetzten

deutschen Gebieten durch die Errichtung von Besatzungsgesellschaften: „Es gibt keine freie Ukraine. [...] Für die Haltung der Deutschen im Reichskommissariat ist der Standpunkt maßgeblich, daß wir es mit einem Volk zu tun haben, das in jeder Hinsicht minderwertig ist. Das Bildungsniveau der Ukrainer muß niedrig gehalten werden. Es muß ferner alles getan werden, um die Geburtenrate dieses Raumes zu zerschlagen.“¹⁸

Sätze wie diese des Leiters des sogenannten „Reichskommissariats Ukraine“ Erich Koch von 1942 verdeutlichen, wie menschenverachtende und rassistisch-völkische Ideen zu wesentlichen Bestandteilen imperialistisch-kolonisierender Besatzungs- und Ermordungspraxis des nationalsozialistischen Deutschlands wurden.¹⁹ 1942 standen Kochs Aussagen bereits im Erfahrungsraum der seit 1939 bestehenden NS-Herrschaft über weite Teile Polens – zusammengefasst im sogenannten „Generalgouvernement“ – und waren nahezu deckungsgleich mit Handlungsanweisungen und Verordnungen an die dortigen deutschen Besatzungskräfte.²⁰ Lediglich Kochs Einlassung zur „freien“ Ukraine offenbart, dass die Befreiung der Ukraine von der sowjetischen Herrschaft willkommenes propagandistisches Mittel deutscher Besatzungspolitik bleiben durfte, offenbar aber war es ihm wichtig, die NS-Besatzungskräfte über die ukrainische „Freiheit“ als bloßes Propagandamittel aufzuklären. Das 1939 errichtete „Generalgouvernement“ (heutiges Zentralpolen) und die 1941 errichteten

¹⁶ Aust, Martin: Alle Toten verdienen denselben Respekt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.08.2018.

¹⁷ Vgl. etwa Bingen, Dieter: Denk mal an Polen. Eine deutsche Debatte, Berlin 2020.

¹⁸ Koch, Erich: zit. in: Aust (wie Anm. 2), S. 119.

¹⁹ Zu Kriegszielen und Besatzungspraxis ausführlicher vgl. Aust (wie Anm. 2), S. 112 ff. Zur Entwicklung von antislawistischen Haltungen hin

zum antiosteuropäischen Rassismus im Nationalsozialismus vgl. Vlahek, David: Deutschnationaler und nationalsozialistischer Antislawismus – Kontinuitäten und Paradigmenwechsel eines heterogenen Ressentiments, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, Jg. 71, 2022, H. 1, S. 1-38.

²⁰ Vgl. Aust (wie Anm. 2), S. 80.

Reichskommissariate „Ukraine“ (heutige westliche Ukraine und Zentralukraine) und „Ostland“ (Teile des heutigen Baltikums und Belarus) sollten demnach nicht weniger als zu Zwecken des rassistisch motivierten Genozids errichtete Ordnungseinheiten und Laboratorien sein, um „nachfolgenden Generationen [der Deutschen, Anm. MMB] als ‚Lebensraum‘ zu dienen“, wie Stephan Lehnstädt analysiert: „Völkermord war intentionales Programm und Grundbedingung von [nationalsozialistischer] Politik.“²¹ In der Praxis aber kamen die besetzten Gebiete vielmehr der Ausbeutung dienenden Kolonien gleich, in denen die deutschen Besatzer weit mehr Autonomie bewiesen als ideologisch vorgesehen war: „[Der] Notwendigkeit von Investitionen stand der prinzipielle Wunsch nach Ausbeutung gegenüber, was insbesondere für das Generalgouvernement galt. So entstand ein hybrides Übergangsstadium voller Unklarheit, geprägt von Widersprüchen zwischen ideologisch motivierter Neugestaltung und pragmatischer auf ‚Nutzbarmachung‘ fixierter Herrschaft.“²²

Auch der Holocaust – der massenhafte und dann auch maschinell verübte Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden und den europäischen Sinti*zze und Rom*nja – reihte sich in eine nationalsozialistische Politik des anti-osteuropäischen Genozids ein und folgte zumindest bis 1942 der Logik lokaler respektive kolonialer Entscheidungsspielräume eines *divide et impera* – auf Grundlage des rassenideologischen Konsenses der deutschen Besatzer. Dies bedeutete in der Praxis, dass lokale Behörden und Polizeiorgane unter Zuhilfenahme polnischer oder auch jüdischer

Polizisten Jüdinnen und Juden ghettoisierten und zur Zwangsarbeit zwangen, und dass willkürliche Gewaltakte bei der Auflösung der Ghettos wie Massenerschießungen oder Massaker von diesen lokal organisiert wurden, bis die SS ab 1942 den Massenmord an den polnischen Jüdinnen und Juden zentral zu organisieren versuchte.²³ Die Besatzer hatten demnach Ausbeutungsgesellschaften geschaffen, die sowohl die nationalsozialistische Rassenideologie integrierten als auch anschlussfähig für die hierarchischen Strukturen der Vorkriegszeit mit einem lokal verbreiteten Antisemitismus waren.

Verflechtungen nationalsozialistischer Kolonialherrschaft im östlichen Europa am Beispiel des Rüstungsbetriebs Mechanische Werkstätten Neubrandenburg

Die Geschichte des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges im östlichen Europa und die Geschichte von Ausbau und Radikalisierung der NS-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern verliefen nicht parallel, sondern waren aufs Engste miteinander verflochten. Ihr Zusammenhang liegt in der Tatsache begründet, dass sich der wenig industriell entwickelte ländliche und kleinstädtische Raum Mecklenburgs und Pommerns nach der Abkehr von der freien Wirtschaft in den Augen der NS-Machthaber für die Realisierung neuer Aufrüstungsvisionen im Gewand zentraler militärisch-industrieller Konzerne besonders eignete: „Der Entwicklungsboom konnte in der Art, wie er in Mecklenburg und Vorpommern zu jener Zeit erfolgte, nur im außerökonomischen, d.h. hier im militärstrategisch erklärbaren

²¹ Lehnstädt, Stephan: Polen: Völkermord als Politik, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Deutsche Herrschaft: Nationalsozialistische Besatzung in Europa und die Folgen, Freiburg 2022, S. 119-137, hier S. 121.

²² Ebd., S. 122.

²³ Vgl. ebd., S. 126.

Treibhaus erfolgen. Eine Verkehrung aller Werte, wie sie im Krieg bald die Regel werden sollte, brachte eine wirtschaftliche Blüte über das Land, die sich nicht nur auf die Konzerne und Kommunen erstreckte, sondern direkt auf das ganz private Leben vieler Mecklenburger und Pommern zurückstrahlte.“²⁴

Neubrandenburg verfügte mit einem 1934 zunächst als Curt Heber GmbH gegründeten und 1937 als Mechanische Werkstätten GmbH unter direkte Aufsicht des Reichsluftfahrtministeriums gestellten Produktionswerk sowie mit den Richard-Rinker-Werken über zwei große Produktionswerke, die exemplarisch für die Entwicklung der Kleinstadt Neubrandenburg zu einem zentralen Rüstungsstandort der NS-Luftindustrie standen. In ihnen wurden von ausgebildeten und großteils neu zugewanderten Fachkräften hochmoderne Rüstungsgüter für Flugzeuge, Bombenabwurfgeräte, Teile für Flugzeugkanonen und Maschinengewehre sowie Zünder für Flak- und Stielhandgranaten und Panzerfäuste, ab 1944 dann auch Teile für die Marschflugkörper Fieseler Fi 103, von Joseph Göbbels „V1“ (Vergeltungswaffe) genannt, und für die Aggregat 4-Rakete „V2“ hergestellt.²⁵ Der Aufstieg der Provinzstadt hin zu einem Technologie- und Industriezentrum der nationalsozialistischen Luftfahrt war also schon weit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges an die Rüstungsplanungen der NS-Machthaber gekoppelt. Auch während des Krieges hielt diese

Entwicklung an und wurde durch den Kriegsverlauf weiter forciert.

Die Mechanischen Werkstätten profitierten direkt vom Vernichtungskrieg gegen Polen 1939 und von der Errichtung eines brutalen Besatzungsregimes im sogenannten „Generalgouvernement“, indem die Betreiber ein Zweigwerk im besetzten Warschau errichteten. Jochen Böhrer beschreibt die Situation im besetzten Warschau seit 1939 mit folgenden drastischen Worten: „Die rücksichtslose Politik der Verfolgung, Deportation und Verarmung schuf eine Atmosphäre allgegenwärtiger Unsicherheit, Willkür und Bedrohung. In dieser Situation hatte die ethnisch polnische Bevölkerung im besetzten Gebiet die Wahl zwischen drei Optionen: Anpassung, Zusammenarbeit oder Widerstand.“²⁶

Insbesondere in Warschau, aber auch in allen anderen von den Deutschen 1939 besetzten Gebieten wurden Pol*innen verfolgt und in Massenerschießungen ohne Prozess hingerichtet. Offiziell richteten sich die Massenerschießungen gegen Angehörige der polnischen Intelligenz – diejenigen Gruppen der polnischen Gesellschaft, die als Politiker*innen, Beamte und Akademiker*innen Polens Staat und Gesellschaft repräsentierten. In der Praxis aber zeigte sich, dass der Terror des Besatzungsregime sich gegen alle richten konnte, die sich in den Augen der Besatzer verdächtig verhielten. Die 1915 geborene Warschauer Lehrerin für Früherziehung

²⁴ Albrecht, Martin: Rüstung & Militär in Mecklenburg und Vorpommern zwischen 1933 & 1945, in: Ders. (Hg.): Rüstung und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin 2007, S. 9-29, hier S. 10.

²⁵ Vgl. Stamp, Friedrich: Zwangsarbeit in der Metallindustrie 1939-1945. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2001, S. 20-21. Stamp erwähnt die Fertigung der „V2“ in Neubrandenburg nicht. Natalja Jeske kommt jedoch nach Auswertung von übereinstimmenden Aussagen ehemaliger KZ-Gefangener zum Schluss, dass

insbesondere im Außenlager-Standort „Waldbau“ ab Herbst 1944 Teile für die „V2“ angefertigt wurden. Vgl. die 2020 von Natalja Jeske fertiggestellte, von der RAA M-V e.V. beauftragte, jedoch nach wie vor nicht publizierte Studie: Das KZ-Außenlager Neubrandenburg (Waldbau) – Forschungsstand und vorläufige Ergebnisse. Ich danke Natalja Jeske für die Bereitstellung der Studie im Rahmen der Arbeit der Neubrandenburger Geschichtswerkstatt zeitlupe.
²⁶ Jochen Böhrer: Traumatische Erinnerungen hier – vergessene Taten dort. S. 26.

Jadwiga Głombiowska, die im März 1944 wegen der Widerstandstätigkeit ihres Bruders in Warschau inhaftiert und ins Konzentrationslager Ravensbrück und von dort nach Neubrandenburg verschleppt worden war, berichtete 1946 über ihre Erlebnisse im besetzten Warschau: „1943 lebte ich in Warschau in der Mazowiecka-Straße 10, Wohnung 20, zusammen mit meinen Eltern, Ryszard und Zofia Głombiowsky, und meinem Bruder Ryszard Jan Głombiowski. [...] Vor dem Krieg hatte mein Bruder eine Fachschule für Baufachkräfte besucht und in der Zeit der Besetzung die Ausbildung fortgesetzt, diese sollte er im Juli 1944 beenden. Neben der Schule half er meiner Mutter im Verkauf, denn wir führten seit 1913 einen Lebensmittelladen. Zugleich beteiligte sich mein Bruder in einer geheimen politischen Organisation, die Aktionen gegen den Besatzer durchführte.“²⁷ Głombiowska berichtet weiter, dass im Dezember 1943 Männer der Gestapo in die Wohnung eindrangen und Jadwiga, ihren Bruder und ihre Cousine inhaftierten. Ihr Bruder wurde nach schwerer Folter und etlichen Verhören in einer Erschießungsaktion am 18. Februar 1944 auf offener Straße erschossen. Ihre Mutter musste die Familie in der Zeit des Warschauer Aufstands am 8. August 1944 auf dem eigenen Hof beerdigen. All dies erfuhr Jadwiga jedoch von ihrer Familie erst, nachdem sie aus der KZ-Haft in Neubrandenburg befreit und 1945 ins völlig zerstörte Warschau zurückgekehrt war.²⁸

²⁷ Zeugenaussage von Jadwiga Głombiowska am 03.06.1946, in: Instytut Pamięci Narodowej, GK 182/179, t. 8, Bl. 5-9, digital zugänglich unter <https://chroniclesofterror.pl/dlibra/publication/338/edition/326/content?navq=aHR0cDovL2Nocm9uaWNsZXNvZnRlcnJvci5wbC9kbGlicmEvcmVzdWx0cz9xPWdsb21iaW93c2thJmFjdGlvbj1TaW1wbGVtZWZy> unter:

Bis zum Warschauer Aufstand 1944 blieb Warschau wichtigstes Zentrum der Organisation der Zwangsarbeit im „Generalgouvernement“. Nach dem Warschauer Aufstand und dessen brutaler Niederschlagung im September mit Massenerschießungen und Vertreibungen deportierten die Deutschen weitere 90.000 Menschen aus Warschau als Zwangsarbeitende und mindestens 60.000 Menschen als KZ-Häftlinge nach Deutschland. 350.000 weitere wurden in andere Regionen des Generalgouvernements vertrieben.²⁹ Verwaltet wurden Warschauer Besatzungsregime und Zwangswirtschaft von 30.000 Reichsdeutschen und sogenannten „Volksdeutschen“, also Personen aus deutschen Familien oder mit deutschen Ahnenslisten, die bereits vor 1939 in Polen gelebt hatten.³⁰ Unter ihnen war auch der Ingenieur Horst Kuhfeld, der Betriebsleiter des 1941 von den Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg errichteten Warschauer Zweigwerks war und ab 1944 Betriebsleiter der Außenstelle des KZ-Außenlagers Neubrandenburg, „Waldbau“ wurde.³¹

„Warschau ist nahe...“: Horst Kuhfeld und der KZ-Außenlagerstandort „Waldbau“

Schon vor 1944 war in Neubrandenburg die Zahl der sogenannten „freiwilligen“ Arbeitskräfte und Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten aufgrund der Ausweitung des Vernichtungskrieges im östlichen Europa und des zunehmenden Auftragsaufkommens

[Y2hBY3Rpb24mbWRpcmlkcz0mdHlwZT0tNiZzdGFydHN0cj1fYWxsJnA9MA&navref=OWI7OHogOWU7OTI](https://www.researchgate.net/publication/352844444_Y2hBY3Rpb24mbWRpcmlkcz0mdHlwZT0tNiZzdGFydHN0cj1fYWxsJnA9MA&navref=OWI7OHogOWU7OTI) [09.05.2023]

²⁸ Vgl. ebd., Bl. 7-9.

²⁹ Vgl. Lehnstädt, Stephan: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und in Minsk*, München 2010, S. 296-297.

³⁰ Vgl. ebd., S. 67.

³¹ Vgl. Jeske (wie Anm. 25).

an benötigten Waffen sukzessive angestiegen. Folgt man den Aufzeichnungen des Neubrandenburger Historikers Dieter Krüger, machte sie bei den Mechanischen Werkstätten 1942 bereits fast vierzig Prozent der 6.470 Beschäftigten aus.³² Mit ihnen versuchte das Unternehmen auf den Mangel deutscher Fachkräfte infolge des andauernden Krieges zu reagieren. Vor allem spielten profitorientierte Überlegungen eine Rolle. Der Betriebsleiter der Mechanischen Werkstätten in Neubrandenburg, Adolf Rintelen, setzte sich ab 1943 persönlich für die systematische Ausbeutung weiblicher KZ-Gefangener aus Ravensbrück in Neubrandenburg ein, um die Produktionskosten des Betriebes zu senken, und ließ 200 Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück nach Neubrandenburg deportieren, die zwangsweise in der Produktion in der Ihlenfelder Straße arbeiten mussten.³³ Das Jahr 1943 kann denn auch als Wendepunkt in den Planungen des unter Leitung von Albert Speer stehenden Reichsluftfahrtministeriums bezeichnet werden. Unter dem Eindruck der steigenden alliierten Angriffe auf Rüstungsstandorte, insbesondere auf Hamburg im Sommer 1943, und aufgrund der zunehmend unsicheren Lage der deutschen Rüstungsbetriebe im „Generalgouvernement“ wurde vermehrt nach alternativen und besser zu verbergenden Standorten gesucht. In einem Waldstück im Nemerower Holz am Stadtrand Neubrandenburgs begannen sogleich die Planungen für einen zweiten Produktionsstandort der Mechanischen Werkstätten.

Zwischen 1940 und 1944 verschleppten die deutschen Besatzer allein aus einem im

südlichen Warschau gelegenen Durchgangslager 350.000 Menschen nach Deutschland. Irena Szydłowska, 1941 in Warschau gefangen genommen, nach Ravensbrück verschleppt und ab 1943 in Neubrandenburg bis zum Kriegsende zur Zwangsarbeit gezwungen, hielt ihre Erinnerungen und Eindrücke in Neubrandenburg schriftlich fest. Offenbar war es ihr bereits in der Zeit vor 1945 gelungen, Tagebuchaufzeichnungen anzufertigen und diese nach dem Krieg aufzubewahren und zu erweitern. In ihnen berichtete Szydłowska, wie sie in Neubrandenburg gezwungen wurde, mit ihren Händen ebenjene Werkzeuge zu schaffen, die helfen sollten, den deutschen Vernichtungskrieg im besetzten Polen und in der Sowjetunion fortzusetzen. Neben dem Tagebuch finden sich Verse, die einmal mehr verdeutlichen, dass die Arbeit in Neubrandenburg eine sklavische sein musste, die nur unter strukturellem und entmenschlichendem Zwang und systematischer Ausbeutung zustande kommen konnte. Im Wissen um den Aufstand in Warschau, mit dem der polnische Widerstand am 1. August 1944 begann, stellte sie in eigenen Versen Bezüge zu diesem und der Neubrandenburger Gefangenschaft her: „Warschau ist nahe... / Über unsere polnischen Grenzen / Schoben sich Lawinen / Und die Weichsel rot gefärbt mit Blut. / Es brennen die Siedlungen und Städte / Und ein Grab wächst neben dem anderen / Auf unserem Boden. / Die Feinde, die Horden der Eindringlinge, / Zerstörung, Plünderung, Morde / Und der Himmel ist schwer vom Rauch / Und Du gibst wieder, Warschau, / die besten Söhne. [...] / Die

³² Vgl. Krüger, Dieter: Die „Mechanischen Werkstätten Neubrandenburg GmbH“, in: Neubrandenburger Mosaik. Heimatgeschichtliches

Jahrbuch des Regionalmuseums Neubrandenburg, 1997, H. 21, S. 105-111, hier S. 105-106.

³³ Vgl. Jeske (wie Anm. 25).

Drähte halten im Netz / Ach sich losreißen,
wegfliegen, / Alles sehen – / Zusammen sein,
zusammen mit ihnen / Auf unserer polnischen
Erde / Den Sieg abringen, oh Gott / Mit Gebet /
Blut und Waffen / Und umkommen und siegen /
Auf seiner Schwelle...³⁴

Szydłowska zeigte sich in dem Gedicht zutiefst verbunden mit den Kämpfen des polnischen Widerstands gegen die deutschen Besatzer – „auf unserem Boden“, wie sie schreibt. In ihrer Erinnerung an vergangene Kämpfe Warschaus – „[u]nd Du gibst wieder, Warschau, die besten Söhne“ – setzte sie das Leiden und den Kampf der Warschauer*innen gegen die deutschen Besatzer in eine Tradition des anti-imperialistischen polnischen Kampfes um Freiheit. Nur 25 Jahre zuvor war Warschau eine Provinzstadt des russischen Imperiums gewesen und verfügte über die generationsverbindende Erfahrung dreier weiterer Aufstände gegen die russisch-imperiale Obrigkeit im November 1830, im Januar 1864 und in der vor allem von Warschau ausgehenden Revolution von 1905.

Lapidar schreibt sie unter die Verse folgende Zeilen, in denen sie auf die Verbindung der Mechanischen Werkstätten nach Warschau hinweist: „In Warschau ist ein Aufstand, ja das ist wahr. Einige nach Warschau geschickte Meister konnten schon nicht mehr ankommen.“ Während im August 1944 der Aufstand der polnischen Widerstandskämpfer*innen brutal von den deutschen Besatzern niedergeschlagen und in Vergeltungsaktionen wie in Wola zehntausende Menschen erschossen und Gebäude niedergebrannt wurden, transportierten die „Meister“ der Mechanischen Werkstätten um den

Betriebsleiter Horst Kuhfeld die Maschinen des Warschauer Zweigwerks nach Neubrandenburg – Maschinen, die die gefangenen Frauen des KZ-Außenlagers aus Neubrandenburg in den zweiten Lagerstandort „auf Feldgleisen transportieren mussten“. „Wir waren eingespannt wie Pferde“, berichtet etwa Véra Kopová über diese Aktivitäten.³⁵ Zu diesem Zweck hatte man im Herbst 1944 eigens eine Feldbahnstrecke zwischen Neubrandenburg und „Waldbau“ errichtet. Im während des Sommers 1944 schnell errichteten Standort „Waldbau“ verschmolzen dann auch räumlich die Konzepte von Produktionsstätte und Konzentrationslager. Unter Zuhilfenahme weiblicher KZ-Gefangener errichteten die Mechanischen Werkstätten innerhalb weniger Monate ein im Wald halb unterirdisch gelegenes Produktionswerk. In ihm bildeten weibliche KZ-Häftlinge aus den europäischen besetzten Regionen, SS-Wachmannschaften und -aufseherinnen und Zivilarbeiter der Mechanischen Werkstätten eine profitorientierte und zugleich den Tod der zur Zwangsarbeit eingesetzten Frauen billigend in Kauf nehmende Produktionsstruktur, die keine räumlichen Trennungen mehr aufwies und die Natalja Jeske folgerichtig als „KZ-Werk“ bezeichnete.³⁶ Zum Jahreswechsel 1944/1945 waren es nunmehr 7.000 Frauen – zum Stammlager Ravensbrück gehörende KZ-Gefangene –, von denen etwa 1.500 Frauen im Lager „Waldbau“ unter widrigsten Bedingungen, bei Hunger, Platzmangel und völlig fehlender medizinischer Versorgung nun auch Teile für die Rakete „V2“ fertigen mussten. Über die Hälfte der Frauen stammte aus Polen, unter ihnen waren auch Frauen aus der

³⁴ Stadtarchiv Neubrandenburg, 15/1: Irena Szydłowska: Kapitel XII. Fragmente aus dem Tagebuch, Bl. 10. Der Text liegt in deutscher Übersetzung vor.

³⁵ Jeske (wie Anm. 25).

³⁶ Ebd.

heutigen Ukraine, aus Russland, Slowenien, Tschechien und der Slowakei, aber auch aus westeuropäischen Regionen.

Die Mechanischen Werkstätten transferierten jedoch nicht nur den Maschinenpark nach Neubrandenburg, sondern versetzten in der Person Horst Kuhfelds auch den Betriebsleiter des Warschauer Zweigwerks an den zweiten Standort des Neubrandenburger KZ-Außenlagers, nach „Waldbau“. Unter ihm war bereits die Warschauer Produktionsstätte der Mechanischen Werkstätten 1941 errichtet worden. Unter ihm errichteten die Mechanischen Werkstätten nun mit „Waldbau“ einen zweiten Produktionsstandort in Neubrandenburg. In der Person Kuhfelds kamen demnach Fachkompetenz bei der Produktion von Rüstungsgütern der Flugzeugindustrie, Kenntnisse bei der Anleitung von Zwangsarbeitenden in der Produktion, aber auch eine ausgeprägte Identifikation mit den deutschen Kriegs- und Besatzungszielen im östlichen Europa zusammen. Nicht ohne Stolz gab Kuhfeld in einem Gespräch zum KZ-Außenlagerstandort „Waldbau“ noch 1982 zu Protokoll: „Insgesamt haben die beschäftigten KZ-Häftlinge sehr gewissenhaft, genau und schnell gearbeitet. Dabei hatten die Häftlinge nicht zu überlegen, sondern die Maschinen so zu bedienen, wie sie ihnen funktionsfähig von den Einrichtern übergeben wurden. Jedes an der Maschine gefertigte Teil wurde mit Arbeitslehren geprüft. Die Ausschußproduktion war daher außerordentlich gering.“³⁷

In „Waldbau“ trafen Horst Kuhfeld als Betriebsleiter und Jadwiga Głombiowska als KZ-Gefangene aufeinander. Ihre Äußerungen zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der

Frauen an diesem Ort sind deutlich aussagekräftiger als die Kuhfelds. Zudem liefert ihre Aussage ein konkretes Bild von Kuhfeld selbst: „Im Lager in Neubrandenburg [gemeint ist „Waldbau“, Anm. MMB] ging es uns schlecht. Wir arbeiteten in der Fabrik zwölf Stunden täglich bei der Fertigung von irgendwelchen Teilen für die V2[-Rakete, Anm. MMB]. Leitender Ingenieur war ein gewisser Kufeld [gemeint ist Horst Kuhfeld, Anm. MMB], der vor dem Krieg in einer Fabrik in Okęcie in Warschau gearbeitet hatte. Seinen Vornamen kenne ich nicht. Er war sehr schlecht zu uns Häftlingen. Wenn er bemerkte, dass wir die Arbeit zwei Minuten früher beendet hatten, verlängerte er die Arbeitszeit um zwei bis vier Stunden.“³⁸

In der weiteren Befragung beschrieb Głombiowska Kuhfeld als „groß, brünett, etwa 45-48 Jahre alt, korpulent, mit dunklen Augen“. Jadwiga Głombiowskas Aussagen entstanden 1946, nur ein Jahr nach dem Ende des Krieges unter den noch sehr frischen Eindrücken ihrer Kriegserfahrungen. Mit ihnen lassen sich Einblicke in die Biografie Kuhfelds geben. Horst Kuhfeld war wohl um die Jahrhundertwende geboren. Er war ein deutscher Ingenieur, sprach offenbar Polnisch und hatte, folgt man Głombiowskas Aussage, schon vor 1939 im unabhängigen Polen gelebt. Aus ihrem Bericht lässt sich weiter schließen, dass Kuhfeld vor Kriegsbeginn in Okęcie arbeitete – einem heutigen Randbezirk von Warschau. Dies ist durchaus denkbar, denn in Okęcie wurde 1934 ein für Warschau und das unabhängige Polen wichtiger Flughafen errichtet, daneben hatten sich dann ebenfalls die Polnischen Flugzeugwerke (Polskie Zakłady Lotniskie) mit einer neuen Firmenzentrale niedergelassen

³⁷ Regionalmuseum Neubrandenburg, Sign. Q-F 277; Dieter Krüger: Befragungsprotokoll Horst Kuhfeld am 07.04.1982, ,Bl. 1-4.

³⁸ Głombiowska (wie Anm. 27), Bl. 8.

und Werke gebaut. Nach der Besetzung Warschaws übernahmen die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke den Flughafen in Okęcie. Es ist vorstellbar, dass Kuhfeld vor Kriegsbeginn als Ingenieur in den Polnischen Flugzeugwerken gearbeitet hatte und anschließend von den Mechanischen Werkstätten angeworben wurde. Möglich, jedoch bisher nicht belegt ist auch, dass das Unternehmen Teile der Produktion der Polnischen Flugzeugwerke übernahm und dort eine Zweigstelle unterhielt.

Den in das KZ-Außenlager direkt integrierten Betrieb der Mechanischen Werkstätten leitete Horst Kuhfeld bis zum Kriegsende – wenngleich er selbst in Befragungen von Dieter Krüger 1982 Wert darauf legte, von der Räumung des „Waldbau“-Geländes unmittelbar vor der herannahenden Roten Armee durch die SS nichts gewusst zu haben. Von „Waldbau“ aus wurden die Insassinnen des Lagers auf einen „Todesmarsch“ geschickt, der über Waren nach Malchow und dann weiter nach Parchim führte. Auch Jadwiga Głombiowska wurde auf diesen Weg gezwungen. In ihrer Befragung nach Kriegsende gab sie an, von Neubrandenburg evakuiert worden zu sein. In Malchow sei es ihr anschließend gelungen zu fliehen. „Dank der Ankunft der Russen [sic] konnten wir am 5. Juni 1945 nach Warschau zurückkehren.“³⁹ Außer ihres Sterbedatums – sie verstarb offenbar unverheiratet am 20. Juli 1997 im Alter von 82 Jahren in Warschau – ist über Jadwiga Głombiowskas Leben nach 1945 nichts weiter bekannt.⁴⁰

Der antiosteuropäische NS-Kolonialismus als Leerstelle der justiziellen und politischen Auseinandersetzung in West- und Ostdeutschland

Ist die Geschichte von den Kriegsverbrechen und dem Vernichtungskrieg NS-Deutschlands sowie vom Konglomerat der Rüstungsindustrie und der Ausbeutung von zehntausenden Frauen (und Männern) in Neubrandenburg mit dem Kriegsende auch zu Ende erzählt? Beim Betrachten von Horst Kuhfelds Biografie ist dies nur bedingt der Fall. Anders zwar als etwa der berüchtigte SS-Gruppenführer Heinrich Reinefarth, unter dessen Leitung in den Höfen des Warschauer Stadtteils Wola zehntausende von Kindern, Frauen und Männern innerhalb von nur drei Tagen erschossen wurden, der nach dem Krieg unbehelligt und ungesühnt Bürgermeister des beschaulichen Westerland auf Sylt sein konnte, ohne je für seine Taten in einem Strafverfahren zur Verantwortung gezogen worden zu sein,⁴¹ wurde Kuhfeld aufgrund seiner Tätigkeit im KZ-Außenlager „Waldbau“ in Neubrandenburg zunächst im sowjetischen Speziallager in Neubrandenburg (Fünfeichen) inhaftiert und anschließend zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Folgt man den Angaben von Dieter Krüger kehrte Kuhfeld 1956 in die DDR zurück – wahrscheinlich im Zuge der Generalamnestie.⁴² Eine öffentlich geführte Auseinandersetzung mit der rüstungsindustriellen Vergangenheit Neubrandenburgs zur Zeit des Nationalsozialismus, mit der Beteiligung und Indienstnahme von Ingenieuren wie Horst Kuhfeld zum

³⁹ Głombiowska (wie Anm. 27), Bl. 8.

⁴⁰ Informationen zur Grabstelle von Jadwiga Głombiowska liefert [findagrave.com](https://de.findagrave.com/memorial/170440421/jadwiga-glombiowska). Vgl. <https://de.findagrave.com/memorial/170440421/jadwiga-glombiowska> [09.05.2023].

⁴¹ Derzeit thematisiert eine neue Wanderausstellung des Witold Pilecki-Instituts in Berlin die ungesühnten

Verbrechen deutscher Besatzer nach dem Warschauer Aufstand. Vgl. Neue Ausstellung: Das Massaker von Wola in Warschau, 05.08.1944, veröffentlicht unter: <http://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/wola> [09.05.2023].

⁴² Vgl. Krüger (wie Anm. 37), Bl. 4.

Zwecke der Produktion von Kriegswaffen für einen Vernichtungskrieg, zum Zwecke der Ausbeutung von Millionen von Menschen in den NS-Kolonien im östlichen Europa und in Neubrandenburg war jedoch auch in der DDR aufgrund der Schlusstrich-Rhetorik des staatlich verordneten Antifaschismus und wohl nicht zuletzt aufgrund der Relevanz Neubrandenburgs als „neue“ sozialistische Vorzeigestadt unerwünscht.

Lediglich Kuhfelds Selbstverständnis als vermeintlich neutraler Ingenieur lässt sich mit den Notizen Dieter Krügers nachvollziehen und zugleich entkräften. So lässt er Kuhfeld berichten, dass dieser vor dem Einrücken der Roten Armee nicht dem Befehl der SS nachgekommen sei, die Maschinen untauglich zu machen. Mitnichten aber lässt sich das auf eine NS-skeptische Haltung Kuhfelds zurückführen, zitiert Krüger ihn doch sogleich mit einem Satz zum Versuch der Bildung eines Volkssturms in den letzten Kriegstagen: „Den Befragten widerten die Geschehnisse an, er zog es vor, noch einmal durch die Werkhallen zu gehen, um ‚von seinem Betrieb Abschied zu nehmen‘.“⁴³ Gemeint waren die Maschinen der Mechanischen Werkstätten, an denen tausende inhaftierte Frauen und Männer Waffen und Teile von Raketen für den Vernichtungskrieg produzieren mussten, die wiederum in jenen Regionen zum Einsatz kamen, aus denen die Menschen nach Neubrandenburg als KZ-Gefangene verschleppt worden waren. Vom Umgang der deutschen Besatzer mit der Warschauer Bevölkerung musste Horst Kuhfeld aus eigenem Erleben gewusst haben – als Betriebsleiter hatte er direkt von der Besatzungs- und Kolonialpolitik der deutschen Besatzer profitiert.

Fazit

Im vorliegenden Beitrag habe ich versucht, das Potential einer postkolonialen Perspektive für die lokale Geschichtsbearbeitung zum Nationalsozialismus in Mecklenburg-Vorpommern auszuloten. Mit ihr lassen sich strukturelle Zusammenhänge zwischen dem Vernichtungskrieg im östlichen Europa und in Warschau, zwischen der Rüstungsindustrie und der Zwangsarbeit in Neubrandenburg und in den KZ-Außenlager-Standorten herstellen. Die biografischen Verbindungen der gefangenen Frauen waren durchaus bekannt und forderten die lokale Geschichtsbearbeitung bereits in den vergangenen Jahren heraus. Der Blick auf die Frauen blieb jedoch verengt auf ihre Rolle als KZ-Häftlinge und als Zwangsarbeiterinnen und legte nur selten offen, in welchem Ausmaß sie von genozidaler NS-Herrschaftspraxis, struktureller Unterordnung und systematischer Ausbeutung bereits in ihren Herkunftsorten betroffen waren und wie diese Erfahrungen ihre späteren Erzählungen und Erinnerungen von KZ-Haft und Zwangsarbeit in Neubrandenburg beeinflussten.

Der Fall Kuhfeld zeigt, wie eng die Verflechtungen des rüstungsindustriellen Komplexes der Mechanischen Werkstätten zwischen Neubrandenburg und Warschau waren, wie sehr koloniale Ausbeutung und nationalsozialistische Vernichtungspraxis im besetzten Polen und der Sowjetunion sowie Produktionserfolge in Neubrandenburg zusammenhingen. Deshalb scheint es zukünftig umso mehr angebracht, die Dimension des Kolonialen und der genozidalen Ausbeutungspraktiken der Nationalsozialist*innen in die lokale Geschichtsbearbeitung zum Nationalsozialismus in Mecklenburg-

⁴³ Ebd., Bl. 3. Anführungszeichen im Original.

Vorpommern zu integrieren und stärker sichtbar zu machen. Die Aktualität einer solchen Perspektive ist nicht nur angesichts des nach wie vor andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der Ansätze genozidaler Handlungen vor allem in den russisch besetzten Gebieten wie Vergewaltigungen, gegen ukrainische Lokalitäten gerichtete Inhaftierungen und Folter, Verschleppungen von Familien und Kindern erneut zum Vorschein kommen lässt und nicht zuletzt gegen die staatliche Existenz der Ukraine gerichtet ist, ungebrochen. Die Methoden hierfür wie die Befragung der Familiengeschichte, die biografische Methode, vor allem aber die Erforschung lokaler Institutionen und deren ökonomischer Dimensionen sind nicht neu, sie legen jedoch Leerstellen in der Lokalgeschichte des Nationalsozialismus offen. Eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Zeichen des Postkolonialen bedarf daher weiterer personeller und finanzieller Ressourcen und stabilerer Strukturen.

In Neubrandenburg selbst weisen heute nur wenige sichtbare Spuren aus der Zeit des Nationalsozialismus ins östliche Europa. Die Spuren der Mechanischen Werkstätten in der Stadt sind weitgehend getilgt, der KZ-Außenlagerstandort an der Ihlenfelder Straße abgerissen und überbaut, lediglich der in den vergangenen Jahren von zeitlupe, Stadt Neubrandenburg und vielen engagierten Menschen mühsam freigelegte und zugänglich gemachte KZ-Gedenkort „Waldbau“ legt mit seinen Überresten Zeugnis ab über die Spuren und die Zusammenhänge des anti-osteuropäischen NS-Kolonialismus in Mecklenburg-Vorpommern. In Literatur und Archiven

finden sich jedoch Hinweise, um die Zusammenhänge des rassistischen und genozidalen NS-Kolonialismus deutlich zu machen und, wie Johannes Spohr schreibt, „den kolonialen Blick auf das östliche Europa herauszufordern“.⁴⁴ Auch fast 34 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der Öffnung der kommunalen Archive für die Forschung öffnet sich das Fenster nach Polen und ins östliche Europa vor allem durch die Biografien der ehemaligen Gefangenen des KZ-Außenlagers Neubrandenburg. Ihre Aufzeichnungen und Memoiren bieten Einblicke in die Verarbeitungspraktiken und Reflexionen der von nationalsozialistischer Ausbeutungs- und Vernichtungspraxis im östlichen Europa betroffenen Menschen. Umso ernster gilt es diese zu nehmen, denn nur durch sie lassen sich die bedeutenden historischen und verbrecherischen Verbindungen und Verflechtungen zwischen Neubrandenburg und dem östlichen Europa vor dem Hintergrund eines von den Nationalsozialist*innen praktizierten anti-osteuropäischen Vernichtungskolonialismus erfassen.

⁴⁴ Spohr (wie Anm. 1).